

PRESSEDIENST

06.09.2021

Repräsentative Befragung

Sichere, gut bezahlte Arbeit, Anerkennung und Gestaltungsmöglichkeiten schützen vor anti-demokratischen Orientierungen

Eine gute Integration in den Arbeitsmarkt schützt Menschen vor anti-demokratischen Einstellungen, zeigt eine neue Studie der Hans-Böckler Stiftung. Unter den Erwerbstägigen in Deutschland teilen 10 Prozent in hohem Ausmaß anti-demokratische, rechtspopulistische und menschenfeindliche Orientierungen, während es unter Nicht-Erwerbstägigen (Arbeitsuchende, Rentnerinnen und Rentner, Hausfrauen und -männer) mit 20 Prozent doppelt so viele sind. Dabei zeigen sich aber auch innerhalb der Gruppe der Erwerbstägigen signifikante Unterschiede: Wer eine sichere Beschäftigung mit gutem Einkommen hat, Wertschätzung der beruflichen Leistung erfährt und die Möglichkeit sieht, die eigene Arbeit mitzustalten, neigt deutlich seltener zu anti-demokratischen Einstellungen als Berufstätige, auf die das nicht zutrifft (detaillierte Daten unten). Die Bedeutung von guten Arbeitsbedingungen und beruflichen Perspektiven für eine demokratische Orientierung zeigt sich auch mit Blick auf die drängenden Zukunftsthemen Digitalisierung und klimagerechte Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft: So äußern beispielsweise Erwerbstägige, die bislang positive Digitalisierungserfahrungen im Job gemacht haben, deutlich weniger anti-demokratische Sichtweisen als Erwerbstägige, die negative Folgen beobachten, oder an deren Arbeitsplatz Digitalisierungsprozesse gar nicht erst stattgefunden haben. Generell gehen auch Abstiegsängste oder das Gefühl, gegenüber den Eltern sozial abgestiegen zu sein, mit überdurchschnittlich hoher Zustimmung zu anti-demokratischen Sichtweisen einher. Zu diesen Ergebnissen kommt die neue Untersuchung auf Grundlage einer repräsentativen Befragung von mehr als 4100 Personen in Deutschland.*

„Eine entscheidende Herausforderung für die Aufrechterhaltung einer demokratischen Gesellschaftsordnung besteht in den kommenden Jahren darin, die Transformationsprozesse so zu gestalten, dass die Menschen gesellschaftlich integriert bleiben“, schreiben Prof. Dr. Bettina Kohlrausch, Dr. Dorothea Voss und Dr. Andreas Hövermann im Fazit ihrer Untersuchung. „Es wird für die Zukunft daher eine zentrale Aufgabe sein, Arbeit so zu gestalten, dass sie ein Instrument gesellschaftlicher Integration bleibt beziehungsweise wieder wird.“ Dabei sei eine angemessene Bezahlung ein wichtiger Faktor, aber längst nicht der einzige, betonen die wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), die Leiterin der Böckler-Forschungsförderung und der Experte für Sozialforschung: „Es geht um die demokratische Gestaltung des Arbeitsumfeldes, um langfristige

Ansprechpartner in der
Hans-Böckler-Stiftung:

Geschäftsführung
Dr. Claudia Bogedan

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Telefon +49 211 7778-150
Telefax +49 211 7778-4150
rainer-jung@boeckler.de

Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf, Germany
Telefon +49 211 7778-0

presse@boeckler.de
www.boeckler.de

Sicherheitsperspektiven und um die Anerkennung von Leistung und Werten, die die Erwerbstätigen mit ihrer Arbeit verbinden“, schreiben die Forschenden.

Für die Studie hat die Stiftung zwischen November 2020 und Januar 2021 insgesamt 4116 Personen telefonisch durch das Meinungsforschungsinstitut IPSOS befragen lassen. Darunter sind 2956 Erwerbstätige. Die Befragung ist repräsentativ für die Gesamtbevölkerung und erlaubt zudem detaillierte Analysen zur Gruppe der Erwerbstätigen. Ob Befragte anti-demokratische Einstellungen teilen oder nicht, wird daran gemessen, wie stark sie auf einer fünf-stufigen Skala 15 Aussagen zustimmen. Diese etablierten Aussagen werden auch in anderen Studien zu anti-demokratischen Einstellungen, Rechtspopulismus und „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ genutzt. Dazu zählen zum Beispiel Aussagen wie: „Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen“, „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“, „Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht“, „Ich vertraue meinen Gefühlen mehr als sogenannten ‘Experten‘“, „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“, „Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen“ oder: „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen“ (siehe auch Abbildung 1 im Anhang).

– Im Durchschnitt zeigt gut die Hälfte ein „hohes“ oder „mittleres Ausmaß“ an anti-demokratischen Einstellungen –

Im Durchschnitt aller Befragten zeigen 14 Prozent nach Analyse von Kohlrausch, Voss und Hövermann ein „hohes Ausmaß“ an anti-demokratischen Einstellungen. Das heißt, ihre Zustimmung zu den 15 Aussagen liegt auf der Skala von 1 bis 5 im Schnitt bei 3,5 oder höher. Weitere 41 Prozent weisen Skalenwerte zwischen 2,5 und 3,5 auf und damit eine „mittlere“ Zustimmung. 45 Prozent stimmen anti-demokratischen Aussagen hingegen nur in „geringem Ausmaß“ zu: Bei ihnen bleibt der Durchschnittswert unter 2,5 (siehe Abbildung 2 im Anhang).

Deutliche Unterschiede gibt es zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen. Befragte, die in einem bezahlten Job arbeiten, neigen anti-demokratischen Sichtweisen unterdurchschnittlich zu: 10 Prozent tun das in einem hohen, 37 Prozent in mittlerem Ausmaß. Mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Befragten hat für solche Einstellungen wenig bis gar nichts übrig. Dagegen liegen die entsprechenden Werte in der Gruppe der Nicht-Erwerbstätigen deutlich höher, bei 20 bzw. 45 Prozent – und nur ein gutes Drittel (35 Prozent) hat lediglich eine geringe Neigung zu anti-demokratischen Sichtweisen. Besonders hoch sind die Werte unter Rentnerinnen und Rentnern sowie Arbeitsuchenden. Die Antwortmuster von Befragten, die als Hausfrau /-mann arbeiten, liegen hingegen etwas näher bei denen der Erwerbstätigen.

**– Erwerbstätige: Sicherer Arbeitsplatz und
Gestaltungsmöglichkeiten machen spürbaren Unterschied –**

In einem zweiten Untersuchungsschritt analysieren die Wissenschaftlerinnen und der Wissenschaftler die Antworten der Erwerbstätigen detaillierter. Die Differenzen bei der demokratischen Integration der Befragten sind auch innerhalb dieser Gruppe erheblich. Schaut man etwa auf klassische sozio-demografische Größen, zeigen sich Trends, die auch aus ähnlichen Befragungen bekannt sind: Befragte mit höherem Schulabschluss, mittlerem bis hohem Einkommen oder hohem Berufsprestige neigen im Großen und Ganzen seltener zu anti-demokratischen Einstellungen (siehe Abbildung 3). Ältere Befragte sind stärker betroffen als jüngere, Arbeiterinnen und Arbeiter stärker als akademische Berufe.

Starke Zusammenhänge bestehen darüber hinaus mit konkreten Arbeitsbedingungen und Zukunftsaussichten. So teilen von den Erwerbstätigen, die ihren Arbeitsplatz für sicher halten, 10 Prozent in hohem und weitere 38 Prozent in mittlerem Ausmaß anti-demokratische Einstellungen. Bei berufstätigen Befragten, die sich Sorgen um ihre Stelle machen, ist die Zustimmung mit 15 bzw. 41 Prozent spürbar höher (siehe Abbildung 4). Einen deutlichen Unterschied macht es auch, ob Befragte mitbestimmen können, wie sie ihre tägliche Arbeit organisieren. Trifft das zu, fallen die Zustimmungswerte zu anti-demokratischen Orientierungen mit 10 bzw. 36 Prozent deutlich niedriger aus als bei denen, die auf die Arbeitsorganisation keinen Einfluss haben (16 bzw. 48 Prozent).

„Wer nicht entscheiden kann, wie die tägliche Arbeit organisiert wird, wessen Arbeit nicht abwechslungsreich ist, wer keine kollegiale Unterstützung erwarten kann und wer den Lohn als zu niedrig empfindet, stimmt anti-demokratischen Einstellungen überdurchschnittlich häufig zu“, fassen Kohlrausch, Voss und Hövermann den Einfluss des Arbeitsalltags zusammen. „Dabei macht die Mitbestimmung einen Unterschied für die Arbeitsbedingungen: Erwerbstätige mit betrieblicher Interessenvertretung, oder deren Arbeitsbedingungen durch einen Tarifvertrag geregelt sind, berichten von besseren Arbeitsbedingungen als diejenigen, für die das nicht gilt“, konstatieren die Forschenden.

**– Abstiegserfahrungen oder -ängste gehen besonders oft
einher mit Demokratieverdruss –**

Anfälliger für anti-demokratische Sichtweisen sind auch Befragte, die während der Corona-Pandemie Einkommenseinbußen erlitten haben: In dieser Gruppe teilen 16 Prozent in hohem Ausmaß anti-demokratische Einstellungen, während es unter Erwerbstätigen, deren Einkommen in der Krise stabil blieb, 8 Prozent sind.

Verlusterfahrungen oder Abstiegsängste wirken sich auf einer generelleren biografischen Ebene ebenfalls deutlich aus. Einen spürbaren Einfluss hat es etwa, ob Befragte im Vergleich zu ihren Eltern sozial auf- oder abgestiegen sind: So äußern von den Erwerbstätigen, die

nach eigener Aussage einen Aufstieg geschafft haben, 7 Prozent in hohem, weitere 32 Prozent in mittlerem Ausmaß anti-demokratische Einstellungen. Erwerbstätige, deren sozialer Status gegenüber den Eltern stabil geblieben ist, liegen relativ nahe an diesen Werten. Dagegen ist der Anteil unter den berufstätigen Befragten mit Abstiegserfahrung doppelt so hoch – 15 Prozent äußern ein hohes, weitere 47 Prozent ein mittleres Ausmaß an anti-demokratischen Positionen (Abbildung 3).

Fast genauso groß sind auch die Unterschiede zwischen erwerbstätigen Befragten, die optimistisch sind, ihren Lebensstandard dauerhaft halten zu können und jenen, die eine Verschlechterung befürchten (Abbildung 5). Dieser Zusammenhang zeige sich unabhängig von Bildung, Einkommen und Berufsposition, betonen die Forschenden, „das heißt, subjektive Anerkennungsbedrohungen gehen nicht zwangsläufig mit konkreten Erfahrungen des materiellen Wohlstandsverlustes einher“. Die Sorge um eine Entwertung reiche schon aus. Noch deutlich empfänglicher für anti-demokratische Orientierungen sind Erwerbstätige, die sich von technischen Entwicklungen und gesellschaftlichem Wandel überfordert fühlen, die glauben, über ihr Leben werde „irgendwo da draußen in der Welt entschieden“, oder die die Lage im Land grundsätzlich als unfair empfinden. So zeigen etwa von den Befragten, die eine starke Orientierungslosigkeit und Überforderung durch Veränderungsprozesse empfinden, 30 Prozent ein hohes, weitere 50 Prozent ein mittleres Ausmaß an anti-demokratischen Einstellungen.

**– Digitalisierung und sozial-ökologischer Umbau:
Herausforderung für die demokratische Integration –**

Der Befund, dass bessere, gesicherte Arbeitsbedingungen positiv und Überforderungsgefühle und Abstiegsängste negativ auf die demokratische Integration wirken, ist nach Analyse der Forschenden doppelt bedeutsam. Denn in den nächsten Jahren stehen nach Einschätzung der meisten Fachleute tiefgreifende Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt an, ausgelöst durch Megatrends wie Digitalisierung und Klimawandel. Wo sich Erwerbstätige bei diesen Themen sehen und wie ihre Erfahrungen und Haltungen mit der Neigung zu anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen, zeigt der dritte Teil der Studie.

Auf die Frage nach Erfahrungen mit Digitalisierung an ihrem Arbeitsplatz antwortet immerhin ein knappes Drittel der Erwerbstätigen, digitale neue Techniken spielten in ihrem Job bislang keine Rolle. Insgesamt 68 Prozent berichten dagegen von Digitalisierungserfahrungen. Mehr als die Hälfte der Befragten in der zweiten Gruppe, insgesamt 38 Prozent aller befragten Erwerbstätigen, gibt an, die Digitalisierung in ihrem Betrieb bringe unter dem Strich Vorteile. Diese 38 Prozent verteilen sich in der verfeinerten Analyse auf drei Cluster, die von „sehr Positiven“ bis zu „Positiven ohne Freiheitsgewinn“ reichen. Letztere attestieren durch die Digitalisierung zwar überwiegend Effizienzgewinne, sehen für ihre persönlichen Arbeitsabläufe und ihre Work-Life-Balance aber nur relativ geringe Verbesserungen. (Abbildung 6). Für weitere 12 Prozent der

Befragten haben die Digitalisierungsprozesse weder Vor- noch Nachteile gebracht. 17 Prozent berichten von negativen Erfahrungen, etwa von verstärkter Kontrolle durch den Arbeitgeber oder Arbeitsverdichtung.

Mit Blick auf die Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen konstatieren Kohlrausch, Voss und Hövermann erneut einen signifikanten Zusammenhang, trotz einzelner Ausreißer: So neigen unter den Befragten, die Digitalisierungsprozesse an ihrem Arbeitsplatz als sehr negativ erlebt haben, 12 Prozent in hohem und weitere 49 Prozent in mittlerem Ausmaß anti-demokratischen Orientierungen zu. Dagegen sind es unter den Erwerbstätigen mit sehr positiven Erfahrungen nur 3 bzw. 30 Prozent (siehe Abbildung 7). Zugleich weisen auch die Befragten, an deren Arbeitsplatz noch gar keine Digitalisierung stattgefunden hat, mit 18 bzw. 38 Prozent hohe Werte auf. Als möglichen Grund dafür vermuten die Forschenden in dieser Gruppe die Sorge, im Arbeitsumfeld digital abgehängt zu werden.

Erhebliche Unterschiede beobachten die Wissenschaftlerinnen und der Wissenschaftler schließlich bei den Themen Klimawandel und sozial-ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft als Gegenstrategie. 50 Prozent der erwerbstätigen Befragten halten die Erderwärmung für ein drängendes Problem und weisen einer sozial-ökologischen Umgestaltung als wirksamem Klimaschutz eine hohe politische Priorität zu. Weiteren 37 Prozent macht die Erhitzung weniger Sorgen, diese Befragten geben dem Kampf gegen die Folgen eine mittlere Priorität, und sie legen Wert darauf, dass Klimaschutz nicht den wirtschaftlichen Wohlstand in Mitleidenschaft ziehen solle. Eine dritte, vergleichsweise kleine, Gruppe von 14 Prozent der befragten Erwerbstätigen macht sich nur wenig Sorgen ums Klima, und ein sozial-ökologischer Umbau hat für sie nur eine geringe Priorität (Abbildung 8).

Der Umgang mit der Klimakrise polarisiere die Befragten, mit besonders deutlichen Wirkungen auf die demokratische Integration, konstatieren Kohlrausch, Voss und Hövermann: „Befragte, die sich für die Bewältigung des Klimawandels eine hohe politische Priorität wünschen, zeigen eine geringere Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen. Befragte, die im Klimawandel kein Problem sehen, dahingehend unbesorgt sind und den sozial-ökologischen Wandel als kaum relevantes politisches Thema priorisieren, fallen dagegen mit besonders starker Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen auf.“ Konkret neigen solchen Positionen in der letzten Gruppe 24 Prozent in hohem, weitere 48 Prozent in mittlerem Ausmaß zu. Bei Befragten, die das Problem und seine Lösung für besonders wichtig halten, sind es hingegen 3 bzw. 22 Prozent. Die Gruppe, die eine mittlere Priorität sieht, liegt mit 7 bzw. 43 Prozent dazwischen (Abbildung 7).

*Andreas Hövermann, Bettina Kohlrausch, Dorothea Voss: Anti-demokratische Einstellungen. Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel. Policy Brief der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 7, September 2021. Download: [Anti-demokratische Einstellungen - Hans-Böckler-Stiftung \(FoFö\) \(boeckler.de\)](https://www.boeckler.de/fileadmin/redaktion/PDFs/Policy_Briefs/2021/Policy_Brief_Anti-demokratische_Einstellungen.pdf)

Kontakt in der Hans-Böckler-Stiftung

Prof. Dr. Bettina Kohlrausch

Wissenschaftliche Direktorin WSI

Tel. 0211-7778-186

E-Mail: Bettina-Kohlrausch@boeckler.de

Dr. Andreas Hövermann

Forschungsprojekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“

Tel. 0211-7778-655

E-Mail: Andreas-Hoevermann@boeckler.de

Dr. Dorothea Voss

Leiterin Abteilung Forschungsförderung

Tel. 0211-7778-194

E-Mail: Dorothea-Voss@boeckler.de

Rainer Jung

Leiter Pressestelle

Tel.: 0211-7778-150

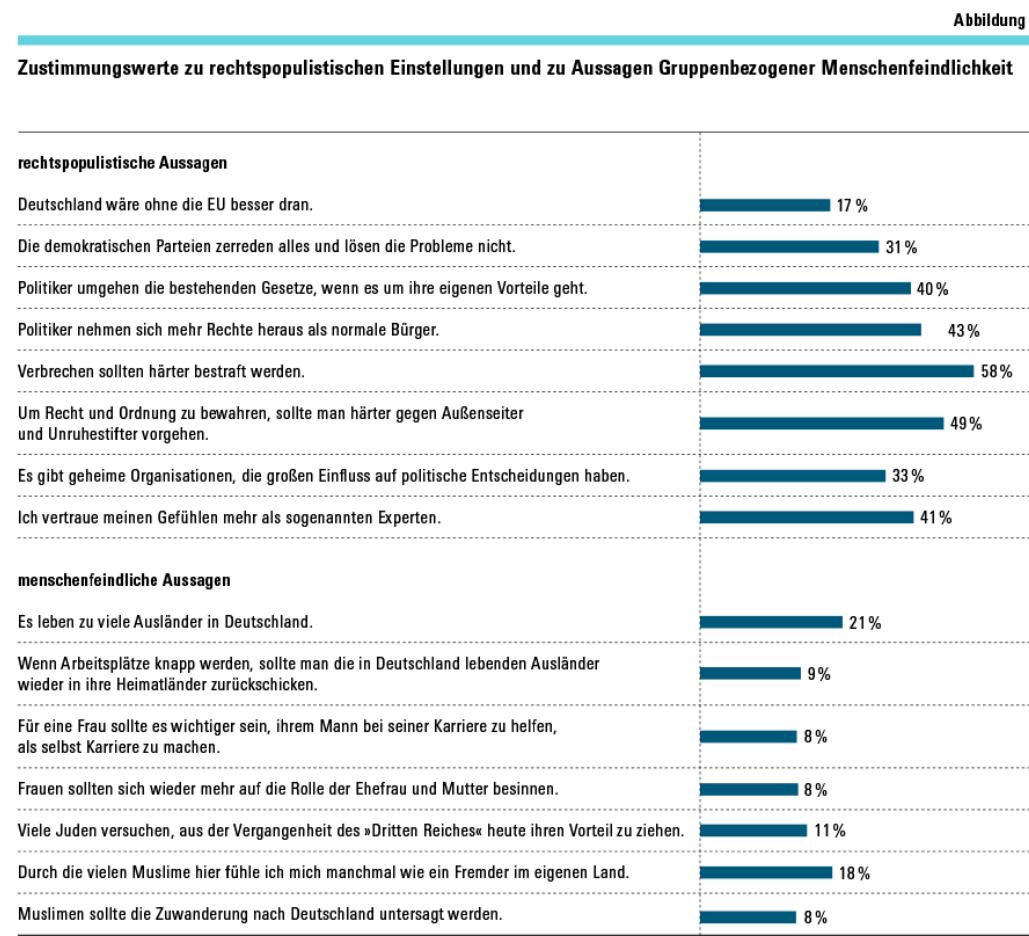
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Sie erhalten unsere Pressemitteilungen und Presseeinladungen als Mitglied unseres Presseverteilers. Unsere Pressematerialien können Sie jederzeit abbestellen. Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an presse@boeckler.de.

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:

https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

Abbildung 1 (Abbildung 2 in der Studie)



Anmerkung: Alle Befragten N=4.116; Anteile »Stimme voll und ganz zu« und »Stimme eher zu« auf fünfstufiger Skala

Abbildung 2 (Abbildung 3 in der Studie)

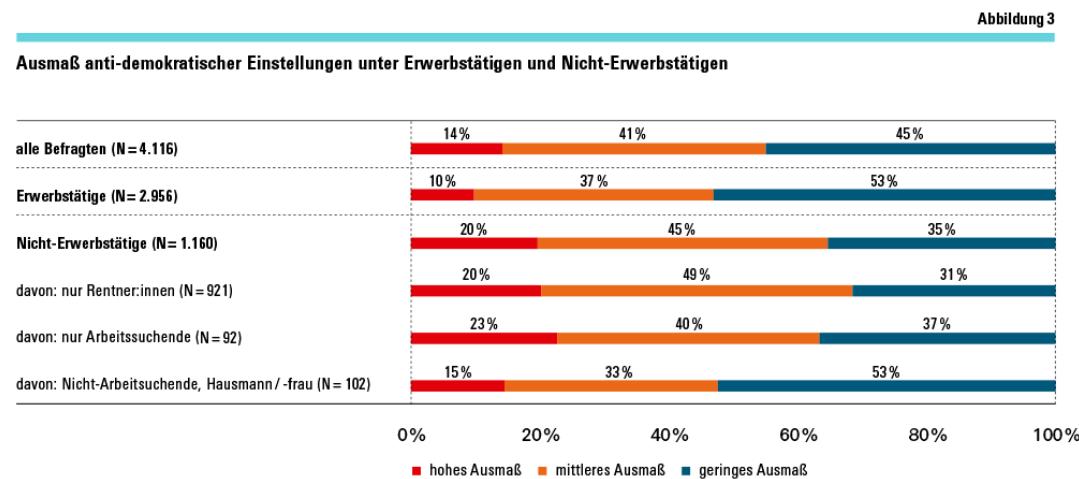
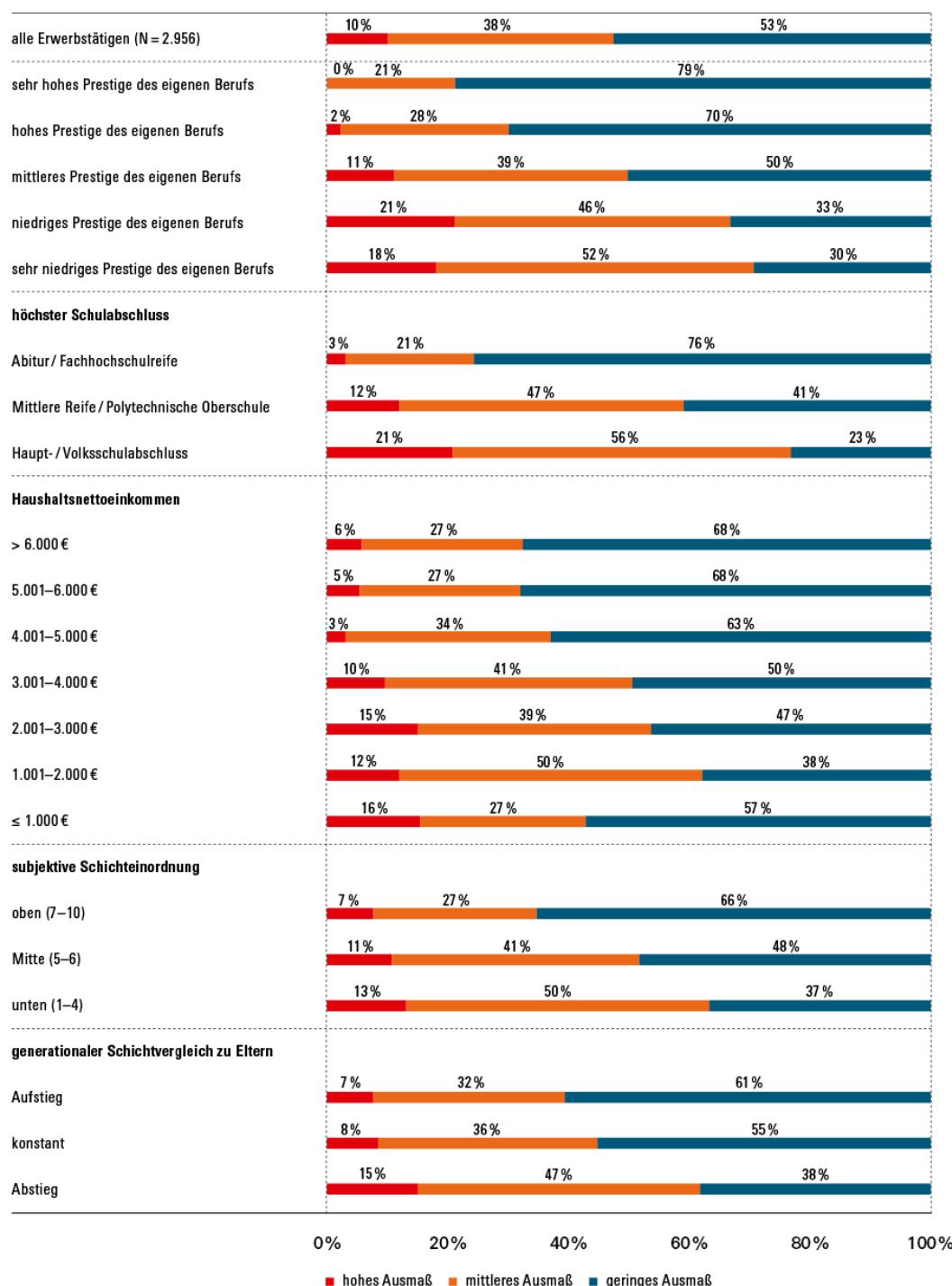


Abbildung 3 (Abbildung 5 in der Studie)

Abbildung 5

Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen nach Lebenslage

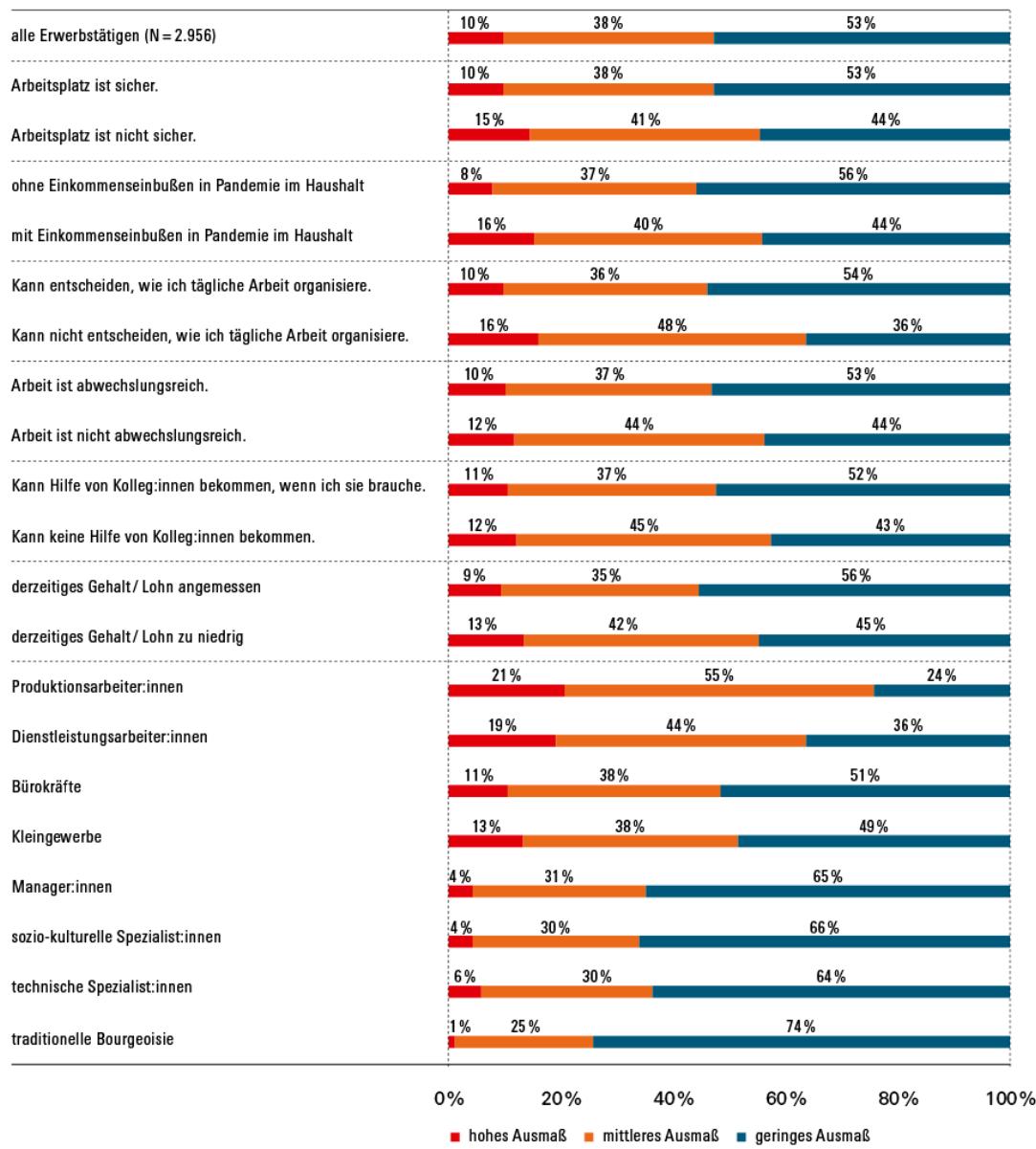


Anmerkung: nur Erwerbstätige (N=2.956)

Abbildung 4 (Abbildung 4 in der Studie)

Abbildung 4

Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen nach Arbeitsbedingungen

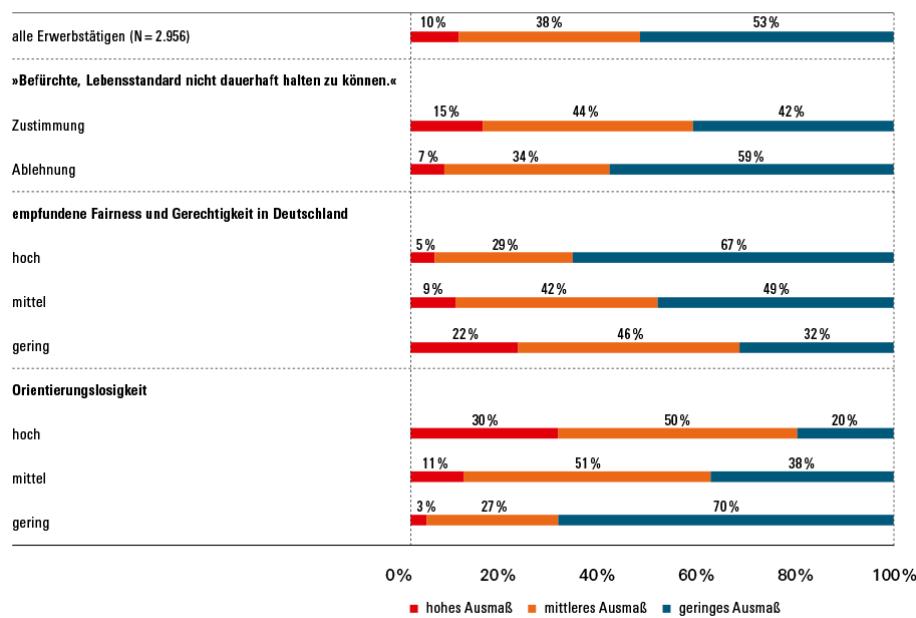


Anmerkung: nur Erwerbstätige (N = 2.956)

Abbildung 5 (Abbildung 6 in der Studie)

Abbildung 6

Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen nach Anerkennung

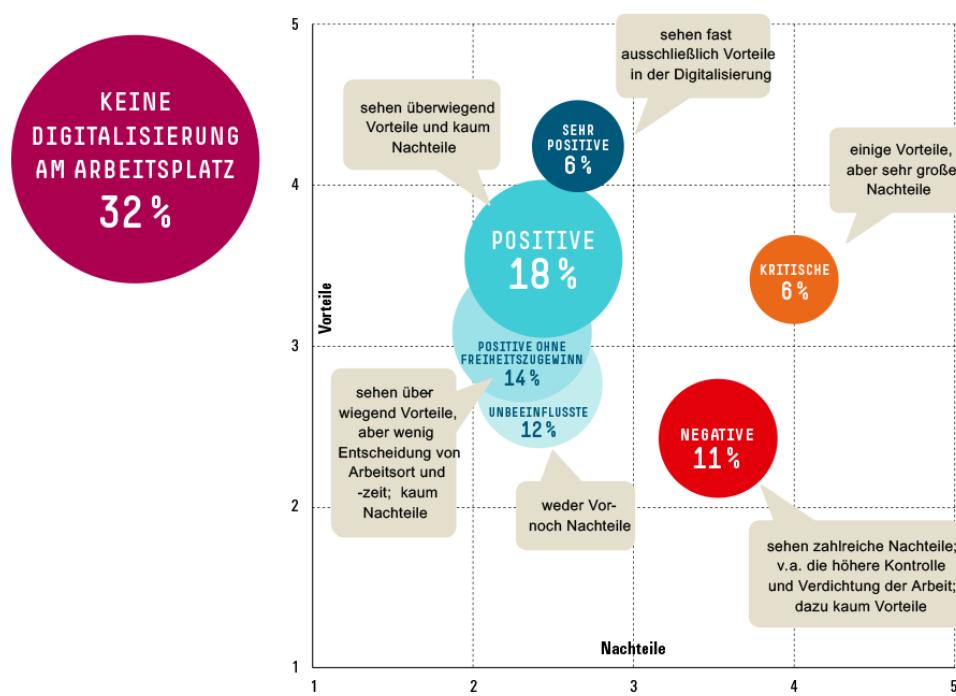


Anmerkung: nur Erwerbstätige (N=2.956)

Abbildung 6 (Abbildung 8 in der Studie)

Abbildung 8

Cluster der Digitalisierungserfahrungen

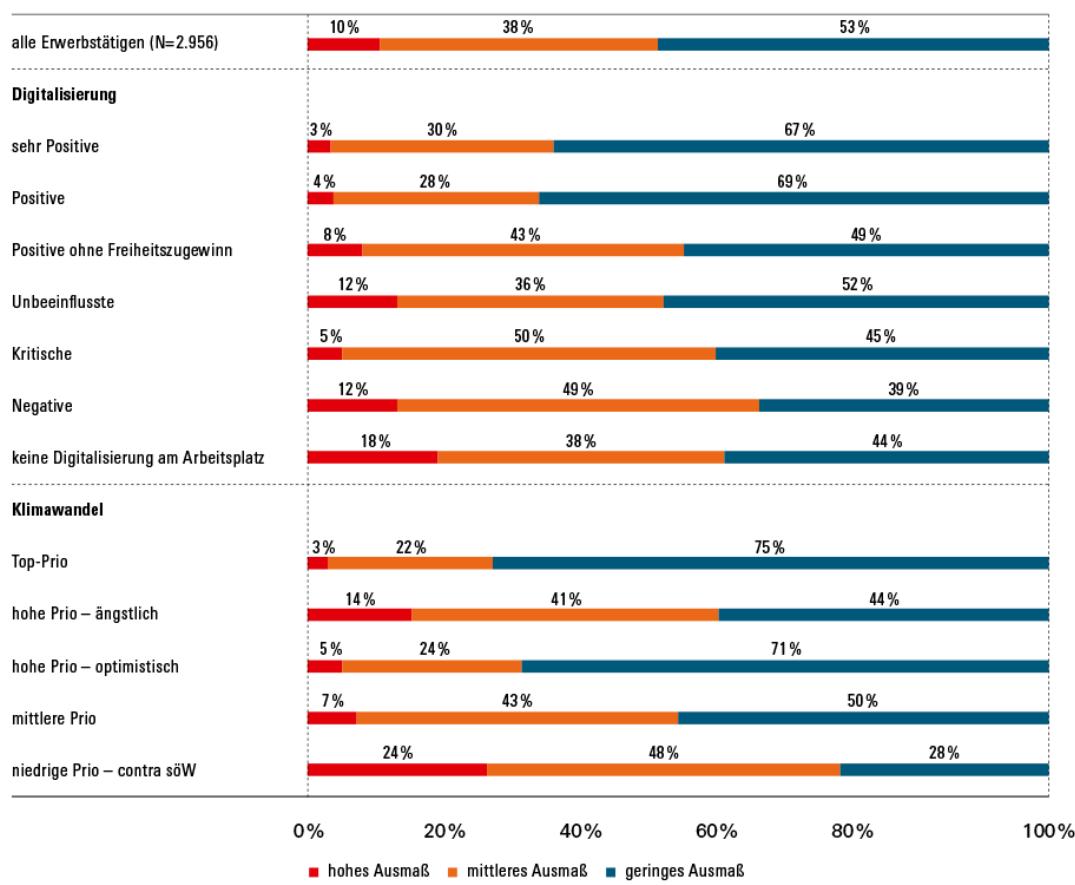


Anmerkung: nur Erwerbstätige (N=2.956)

Abbildung 7 (Abbildung 11 in der Studie)

Abbildung 11

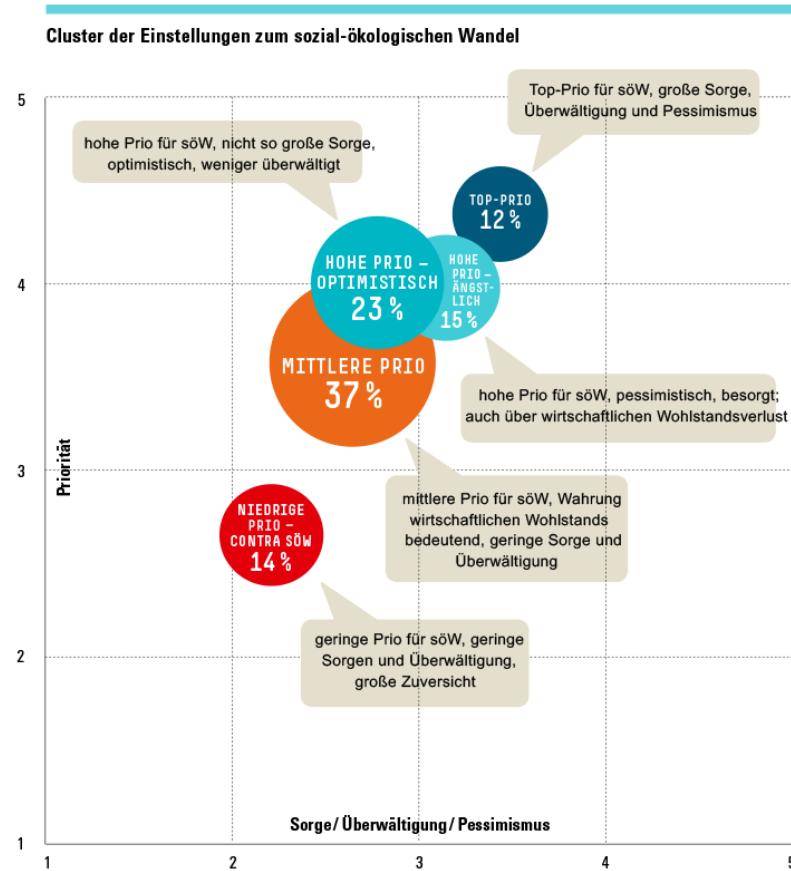
Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen in den Transformationsclustern



Anmerkung: sōW: sozial-ökologischer Wandel; nur Erwerbstätige (N = 2.956)

Abbildung 8 (Abbildung 10 in der Studie)

Abbildung 10



Anmerkungen: SÖW: sozial-ökologischer Wandel; Abweichungen von 100 % in der Summe rundungsbedingt; nur Erwerbstätige (N = 2.956)